



CDU

IHRE CDU IN DER
GEMEINDE GANGELT



Ludwig Kaprot
Ortsvorsteher Hastenrath

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

gerade halten Sie die Ausgabe Gangelt Direkt zum Jahresende 2016 in Händen. Hierin informieren wir Sie wieder über aktuelle Themen der kommunalen Politik in der Gemeinde Gangelt. So z.B. die Wahl des neuen Ortsvorstehers für die 3-Dörfergemeinschaft Stahe, Niederbusch und Hohenbusch, unsere Bemühungen zum Erhalt des Freibades, einen Blick auf die Gebührensituation und andere Themen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe.

Herzliche Grüße,
Ihre CDU Gangelt

2015 ERTRANKEN IN DEUTSCHLAND FAST 500 MENSCHEN - DARUNTER 27 FLÜCHTLINGE

GEMEINDE GANGELT WIEDERSETZT SICH DEM ALLGEMEINEN TREND ZUR BÄDERSCHLIEßUNG

Nach Angaben der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) sind im vergangenen Jahr 2015 in Deutschland mindestens 488 Menschen ertrunken. Gegenüber dem Jahr 2014 stieg die Zahl der Opfer um 96 oder 24,5 Prozent. Dies sei der höchste Stand seit neun Jahren. Hinter Bayern mit 112 tödlichen Wasserunfällen rangiert Nordrhein-Westfalen mit 70 tödlichen Wasserunfällen an zweiter Stelle der Statistik. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind bereits 425 Menschen in Deutschland ertrunken – 46 Menschen mehr als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Besonders auffällig: 56 der Badetoten sind Flüchtlinge.

DLRG-Chef Hans-Hubert Hatje appelliert an die Eltern, die Kleinsten nicht aus den Augen zu lassen. Schon ein flacher Gartenteich könne für sie zur tödlichen Gefahr werden. Und eine Forderung an die Schulen und deren Träger hat er auch:

„Dies zeigt deutlich, dass der Schwimmunterricht in den Schulen konsequent durchgeführt werden muss. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für den Erhalt der Bäder ein und fordern die Kommunen auf, gerade den Grundschulen einen Zugang zu Bädern zu ermöglichen.“

Im Kreis Heinsberg hat man bereits im Jahr 2015 reagiert und hat das Projekt „Mathe schützt nicht vor Ertrinken!“ ins Leben gerufen. Dieses Projekt des Regionalen Bildungsbüros und des KreisSport-Bundes in Verbindung mit den Kommunen und den DLRG-Ortsgruppen sowie den Schwimmsport treibenden Vereinen im Kreis Heinsberg hat mittlerweile überregional Aufmerksamkeit erregt und Anerkennung gefunden. Mehr als 2000 Kinder im Grundschulalter wurden in den vergangenen beiden Jahren bereits aus- und weitergebildet. Nichtschwimmerquoten von bis zu 70 Prozent



wurden erheblich reduziert. Schwimmlehrer aus Gangelt sind federführend an diesem Projekt beteiligt. **Was hat dies alles mit der Gemeinde Gangelt zu tun?**

Während allorts Bäder vor der Schließung stehen oder bereits geschlossen worden sind, investiert die Gemeinde Gangelt seit vielen Jahren in die im Gemeindeeigentum befindlichen Lehrschwimmbecken an den Grundschulen in Breberen und Birgden sowie ins Gangelter Freibad. In den Jahren 2014 und 2016 wurden in das Lehrschwimmbecken in Birgden 394.000,- (in Worten: dreihundertvierundneunzigtausend) Euro und in das Gangelter Freibad 140.000,- (in Worten: einhundertvierzigtausend) Euro investiert. Dies ist ein großartiger Erfolg der Politik. Der CDU-geführte Gemeinderat hat gemeinsam mit den anderen im

Rat vertretenen Parteien Sorge getragen für die Gesundheit unserer Kinder und Erwachsenen. Bürgermeister Bernhard Tholen hat auf Anfrage des Gangelter Ortsvorstehers Gerd Schütz im Rahmen des angesprochenen Projekts „Mathe schützt nicht vor Ertrinken!“ den Grundschulen der Stadt Geilenkirchen das Gangelter Freibad sofort für jeweils 2 Wochen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Da sich das Geilenkirchener Hallenbad nach dem Brand noch im Neubau befindet, hätte das Projekt für die Geilenkirchener Grundschulen ohne diese großzügige Geste nicht durchgeführt werden können.

Dass es dabei zu kleinen Einschränkungen für unsere Frühschwimmer kam, wurde von jedermann akzeptiert. In 2015 wurde deshalb sogar die Schließung des

Freibades um eine Woche nach hinten verschoben. Im Übrigen sehr zur Freude der Gangelter Frühschwimmer. In unserer Gemeinde bieten die DLRG Ortsgruppe Gangelt und die DLRG Ortsgruppe Birgden sowie der TuS Birgden Schwimmunterricht an. Bleibt zu hoffen, dass die Arbeit der Ehrenamtler Früchte trägt und wir keine Ertrinkungsfälle zu beklagen haben.

In der Gemeinde Gangelt sind die Hausaufgaben gemacht. Sparsame Haushaltsführung erlaubt Investitionen, die anderen Kommunen auf Grund der finanziell angespannten Situation nicht mehr möglich sind. Die Gemeinde Gangelt investiert damit sinnvoll in die Gesundheit und in die Zukunft der Kinder, die sich als gut ausgebildete Schwimmer gerne im Wasser bewegen.

WAHL DES OV FÜR STAHE, NIEDERBUSCH UND HOHENBUSCH

DIE CDU-FRAKTION SCHLÄGT HERRN RAINER MANSEL ZUM OV DER 3-DÖRFERGEMEINSCHAFT VOR.

Hierzu erlauben wir uns noch einige Anmerkungen, die insbesondere für die Bevölkerung aus der Dörfergemeinschaft Stahe, Niederbusch und Hohenbusch von Interesse sind: Bereits zum dritten Mal stand der Tagesordnungspunkt zur Wahl des Ortsvorstehers auf dem Programm der Gemeinderatssitzung und erweckte damit den Eindruck, dass man von Seiten der CDU-Fraktion sich Rainer Mansel nicht als Ortsvorsteher vorstellen konnte. Dass dies nicht so ist, weiß Rainer Mansel selber am besten.

In der CDU-Fraktion gab es nach dem Rücktritt des bisherigen Ortsvorstehers Josef Rütten zahlreiche Personen, die für eine Wahl von Rainer Mansel waren. Das die CDU-Fraktion dies nicht im Alleingang beschließen wollte, liegt an der Struktur einer Volkspartei, die auch die Meinung ihrer Parteimitglieder, vertreten durch Orts- und Gemeindeverbandsvorstand anhört.

Nach dem Rücktrittsantrag von Josef Rütten, wollte man die Meinung der Bürger der 3 Dörfergemeinschaft hören und

hat zu diesem Zweck am 21. April 2016 in das Pfarrheim Stahe eingeladen. Leider kamen zu dieser Veranstaltung keine 20 Personen, so dass eine repräsentative Stimmungslage daraus nicht abzuleiten war.

Am 03. Mai 2016 stand dann die Wahl des Ortsvorstehers auf der Tagesordnung. Josef Rütten hatte sein Ausscheiden für den 31. Mai 2016 angekündigt, deshalb waren wir von der CDU-Fraktion vom Zeitpunkt des ersten Tagesordnungspunktes "Neuwahl des Ortsvorstehers für Stahe, Niederbusch, Hohenbusch" überrascht und haben gebeten, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Danach ging man auf die Suche nach einem Ortsvorsteher für die 3-Dörfergemeinschaft, auch mit dem Wissen, dass Rainer Mansel mit einem von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Ortsvorsteher konstruktiv zusammenarbeiten würde.

Als ein Kandidat gefunden wurde, hat diese Zusammenarbeit bereits im Vorfeld der eigentlichen Wahl zum Ortsvor-

steher ja auch schon begonnen, wobei sich diese Zusammenarbeit dann als nicht harmonisch bzw. zweckmäßig gestaltete.

Aus dieser Situation heraus entstand dann die Situation, dass zum 05. Juli 2016 - erneut kurzfristig -, kein Kandidat für den Ortsvorsteher genannt werden konnte. Zu diesem Termin konnten wir als Fraktion keine Meinung des zuständigen Ortsverbands- bzw. Gemeindeverbandsvorstandes einholen. Da man aber diese Gremien nicht vor vollendete Tatsachen stellen wollte, entschied man sich kurz vor der anstehenden Ratssitzung den Tagesordnungspunkt nochmals abzusetzen.

Dies als Erläuterung zum organisatorischen Verlauf der Wahl des Ortsvorstehers der 3-Dörfergemeinschaft. Die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung mit Rainer Mansel einen Ortsvorsteher zu wählen, der die Bevölkerung vor Ort gut vertritt und mit dem auch die CDU-Verantwortlichen vor Ort und auch in der Fraktion gerne zusammenarbeiten.

KONTINUITÄT IN DER GEBÜHRENPOLITIK

AUCH FÜR DAS JAHR 2017 WIRD DIE GRUNDSTEUER DER GEMEINDE GANGELT NICHT STEIGEN.

Im Bereich Gebühren, (Abwasser, Müllgefäß und Winterdienst) sind grundsätzlich keine Erhöhungen vorgesehen. Bei den Müllgefäßen wird die Grundgebühr von 63,30 Euro auf 58,66 Euro für die Mülltonne von 80 l – 120 l gesenkt, lediglich die Gewichtsgebühr wird von 0,17 Euro auf 0,19 Euro erhöht. Somit bleiben die Aufwendungen für die Abfallentsorgung bei den meisten Haushalten konstant.

Die Steuer- und Gebührenpolitik ist für den Rat ein wichtiges Kriterium bei ihrer Arbeit. Einerseits benötigt die Verwaltung Geld von ihren Bürgern, um die Aufgaben und die Entwicklung der Gemeinde Gangelt positiv für alle Bürger vor Ort betreiben zu können. Andererseits möchte man den Bürgern natürlich auch nicht zu sehr ins Konto greifen, denn das Wohnen vor Ort soll bezahlbar bleiben.

Hierbei ist es besonders wichtig für uns, dass der Bürger weiß, was jährlich auf ihn an Abgaben zukommt und er auch keine bösen Überraschungen erlebt, wenn er seinen Gebührenbescheid bekommt. Auf Jahre gleichbleibende bzw. moderate Erhöhungen sind dafür wichtig.

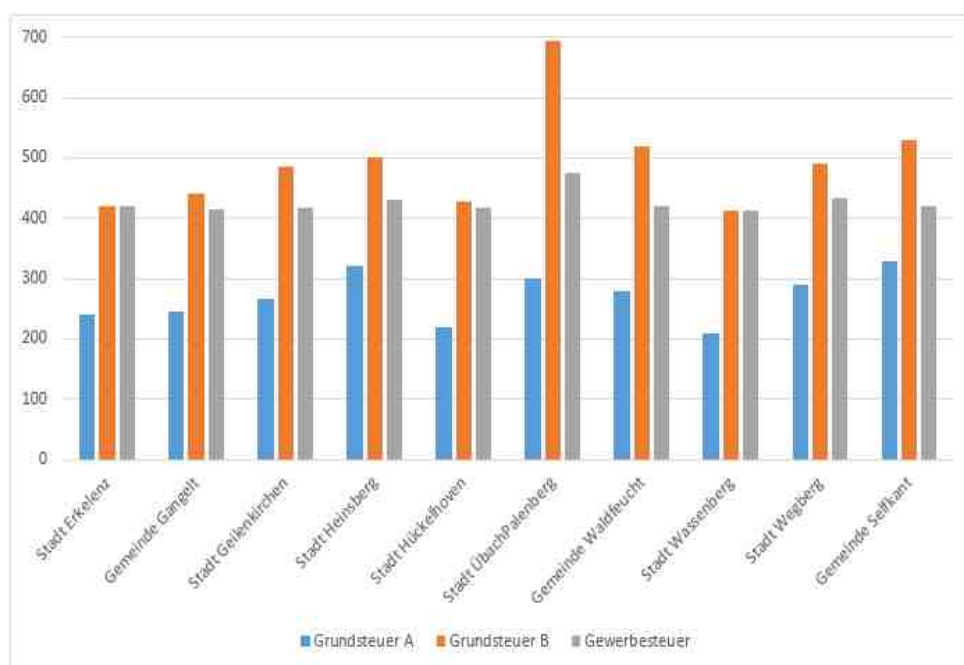
Seit 1999 haben sich daher die Steuern auf unsere Wohnhäuser erst drei mal er-

höht: 1999 – 2002 betrug der Hebesatz 330%, von 2003 – 2011 381% und von 2012 bis 2017 440%.

In vielen Bereichen muss die Gemeinde ihre Gebühren kostendeckend erhöhen. So stieg im Bereich Abwasser die Gebühr seit 1999 von 1,79 Euro qm² auf 2,67 Euro pro qm² in 2016. Im Jahr 2013 betrug hier der Preis 2,80 Euro qm². Gleiches gilt für die Gebühren für die Abfallbeseitigung. Sperrmüll, wilder Müll, Papier und sonstiger Müll sind nicht für jeden Bürger auf dem Steuerzettel erkennbar. Hier sieht er nur seinen eigenen in der Mülltonne entsorgten Abfall. Der Preis für die

Mülltonne schwankt auch hier aufgrund der gesetzlichen Vorgaben. In 1999 betrug der Preis für das Müllgefäß 59,16 Euro. Viele Jahre war die Grundgebühr 87,50 Euro. Für das 2017 beträgt die Grundgebühr 58,66 Euro.

Dass verantwortungsvoll und berechenbar auch weiterhin der Gebührenhaushalt gestaltet werden kann, ist eines unserer Ziele im Rat der Gemeinde Gangelt. Aufgrund dessen wird auch weiterhin für uns die Leitlinie bleiben nur sinnvolles und machbares auf der Ausgabenseite unseres Haushaltes für die kommenden Jahre zu bewilligen.



WORUM GEHT ES IN DER KOMMUNALPOLITIK ?

WENN VON POLITIK DIE REDE IST, DENKEN VIEL ZUERST AN DIE GROßEN THEMEN, DIE AUF DEN ERSTEN SEITEN IN DEN ZEITUNGEN STEHEN UND ÜBER DIE IN DEN NACHRICHTEN IN FUNK UND FERNSEHEN BERICHTET WIRD; VON KOMMUNALPOLITIK IST DORT SELTEN DIE REDE, OBWOHL DORT GANZ MAßGEBLICH DIE DINGE GESTALTET WERDEN, DIE UNSER TÄGLICHES LEBEN BEEINFLUSSEN

Doch folgt daraus auch, dass Kommunalpolitik unwichtig ist? Und welche Bedeutung hat Kommunalpolitik für die Bevölkerung?

Die Aufgaben der Kommunen lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen. Erstens in die vom Staat übertragenen Aufgaben, die auch Weisungsaufgaben genannt

werden und zweitens in die eigenen Aufgaben. Diese wiederum unterteilen in die Aufgaben, um die sich die Gemeinde im Rahmen der pflichtigen Aufgaben auf jeden Fall kümmern muss. Allerdings können Gemeinden bei diesen Pflichtaufgaben in der Regel über das Wie entscheiden. Zum anderen gibt es vollkommen freiwillige Aufgaben.

Den größten Entscheidungsspielraum haben die Gemeinden natürlich bei den eigenen Aufgaben. Hier unterscheiden sich die einzelnen Kommunen auch deutlich voneinander. Denn Projekte können nur dann durchgeführt werden, wenn genügend finanzielle Mittel dafür da sind. Was eine Gemeinde in diesem Bereich zu leisten vermag, hängt also vor

KURZ NOTIERT:**Rauchmelderpflicht in NRW**

Zum Jahreswechsel endet die Übergangsfrist, bis zu der alle Haushalte in Nordrhein-Westfalen mit Rauchwarnmeldern ausgestattet sein müssen. Wir haben hier für sie die wichtigsten Informationen zusammengestellt.

Während für Neubauten bereits seit dem 01.04.2013 eine Rauchwarnmelderpflicht besteht, endet nun zum 31.12.2016 die Übergangsfrist für Bestandsbauten. Dementsprechend muss jeder Haushalt in Nordrhein-Westfalen ab dem 01.01.2017 mit Rauchwarnmeldern ausgestattet sein. Rauchwarnmelder sind technische Geräte, die automatisch Brände erkennen und mit lauten akustischen Signalen darauf hinweisen. Somit wird den Bewohnern die Möglichkeit gegeben, sich rechtzeitig vor dem giftigen Rauch in Sicherheit zu bringen.

Da nachts die Gefahr sehr hoch ist, müssen Rauchwarnmelder mindestens in alle Schlaf- und Kinderzimmer sowie in den Fluren, die zu Schlaf- oder Aufenthaltsräumen führen, angebracht werden. Rauchwarnmelder können beispielsweise im Elektrofachhandel oder in Baumärkten erworben werden.

Mittlerweile sind Rauchwarnmelder in vielen verschiedenen Farben, wie zum Beispiel in Holzoptik aber auch mit Motiven für Kinderzimmer erhältlich. Bitte achten sie jedoch darauf, dass die Rauchwarnmelder ein CE-Kennzeichen sowie ein Prüfzeichen (TÜV oder Kriwan) besitzt. Bei Mietwohnungen ist der Vermieter zuständig für das Anbringen und die Inbetriebnahme der Rauchwarnmelder. Die Mieter sind verantwortlich für die Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Rauchwarnmelder, dazu zählt beispielsweise der Batteriewechsel. Bei selbst genutztem Wohneigentum ist der Eigentümer für Installation und Instandhaltung verantwortlich.

allem von der vorliegenden Finanzausstattung ab.

Nahezu den ganzen Tag haben wir mit unserer Gemeinde und deren Leistungen zu tun. Schon morgens beim Aufstehen benutzen wir Strom- und Wasserversorgung sowie die Kanalisation. Beim Verlassen des Hauses treffen wir vielleicht die Müllabfuhr. Unter Umständen werden die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt um beispielsweise zur Schule zu kommen. Wie es dort mit der Ausstattung aussieht, hängt in hohem Maße von der Gemeinde ab. Auch besteht die Möglichkeit zu Sport im Schwimmbad. Unser Wohlbefinden hängt stark von den Leistungen der Kommune ab.

Ein großer Prozentsatz aller Angelegenheiten, die einzelne Bürgerinnen und Bürger in Kontakt mit den Behörden bringen werden von der Gemeindeverwaltung erledigt. Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung (Art. 28 Grundgesetz). Es gilt was man vor Ort entscheiden kann, soll nicht von höherer Ebene entschieden werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist in Grundgesetz und Landesverfassung garantiert. Demnach haben die Kommunen das Recht, weitgehend unabhängig Aufgaben eigenverantwortlich zu regeln.

Diese kommunale Selbstverwaltung ist die Verwirklichung des Subsidiaritäts-

prinzips, wonach eine größere politische Gemeinschaft (Land, Bund oder EU) erst dann tätig werden soll, wenn die kleinere Gemeinschaft eine Aufgabe nicht bewältigen kann. So soll Politik möglichst vor Ort, das bedeutet möglichst nahe am Bürger gemacht werden. Denn hier sieht man die Probleme am ehesten und besten, hier kann man passgenaue Lösungen erarbeiten, und der Einzelne hat größere Möglichkeiten zur Mitsprache. Außerdem ist die kommunale Selbstverwaltung ein wesentliches Element der Gewaltenteilung, die staatlicher Machtkonzentration und staatlichem Missbrauch entgegenwirken soll.

Die Kommune wird daher oft als Unterbau des demokratischen Staates, Kommunalpolitik als Politik zum Anfassen oder gelebte Demokratie charakterisiert. Bei der Kommunalpolitik entscheidet sich vor Ort, ob der Rahmen, den EU-, Bundes- und Landesgesetzgebung geschaffen, vernünftig ausgefüllt wird oder nicht. Bei der Kommunalpolitik geht es einfach darum, miteinander Demokratie zu leben.

Die Situationen vor Ort sind nicht so komplex wie auf anderen Ebenen und gehen fast alle direkt an. Daher ist gute Kommunalpolitik unverzichtbar und ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, denn Kommunalpolitik bestimmt unser unmittelbares Lebensumfeld. Umso wichtiger ist es, dass Bürgerinnen und Bürger auf ihre Gestaltung Einfluss nehmen können. Kommunalpolitik ist. Hiermit wird Politik vor Ort betrieben zum Wohle der gesamten Gemeinde.

IMPRESSUM

Ein Newsletter des
CDU-Gemeindeverbandes Gangel
Bruchwiese 13 · 52538 Gangel
info@cdu-gangel.de · www.cdu-gangel.de

Verantwortlich für den Inhalt (V.i.S.d.P.):
Karl-Heinz Milthaler

Auflage: 5.000 Stück
Gestaltung / Layout: Kuypers Jens
Texte & Bilder: Kaprot Ludwig, Milthaler Karl-Heinz, Schütz Gerd, Thelen Oliver

Der Newsletter sowie alle darin verwandten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jedwede Nutzung bedarf der schriftlichen Zustimmung des CDU-Gemeindeverbandes Gangel.